

Ökologische Finanzreform

Landschaftsverbrauch (be-)steuern

Die Ökosteuer auf Energie hat positive Effekte. Nun überlegt man, sie für den Naturschutz zu nutzen

Marktwirtschaftliche Anreize für Naturschutz oder umweltfreundliche Landwirtschaft führen derzeit noch ein Schattendasein. Andere Länder sind da schon weiter und haben Abgaben oder einen Zertifikatehandel für den Flächenverbrauch entwickelt. Ende Januar diskutierten Experten aus den betroffenen Bereichen verschiedene Instrumente. Diese könnten dem Naturschutz und der Landwirtschaft ebenso nutzen wie einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

■ **VON CHRISTIAN MEYER, FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM**

Das Verursacherprinzip ist auch für Naturschutz und Landwirtschaft von hoher Bedeutung und anwendbar. Das sehr dominante Ordnungsrecht könnte so durch ökonomische Instrumente ergänzt werden. Die Zersiedelung der Landschaft zerstört nicht nur Lebensräume, sondern erzeugt zusätzlichen Verkehr und Emissionen. Die Verödung der Innenstädte wird durch falsche Rahmenbedingungen gefördert und schafft Folgelasten im Bereich Soziales und Lebensqualität. Mit 93 Hektar pro Tag ist der Verlust wertvoller Fläche in Deutschland durch Siedlungen und Verkehr viel zu hoch. Immerhin wird zunehmend erkannt, dass das klassische Ordnungsrecht mit seinen Auflagen und Verboten auch im Naturschutz an seine Grenzen stößt.

Wettbewerb mit ökologischen Vorzeichen

Die wichtigsten Einnahmen der Kommunen, etwa Grundsteuer und Grunderwerbsteuer, beruhen weitgehend auf einem ökologisch kontraproduktiven Wettbewerb um Gewerbeflächen und Bauland. Obwohl die Zahl der Menschen und Betriebe bundesweit rückläufig ist, riskiert eine Gemeinde, dass ihre Haupteinnahmequellen immer weniger sprudeln, wenn sie keine neuen Baugrundstücke zur Verfügung stellt. Dass dies auch anders geht, zeigen erfolgreiche Beispiele aus Brasilien und den USA. So wuchs der Anteil der kommunalen Naturschutzflächen im brasilianischen Bundesstaat Parana innerhalb von zehn Jahren um 192 Prozent, nachdem ein ökologischer Indikator in den Finanzausgleich aufgenommen wurde. Ein

weiteres Instrument, das in den USA schon mit Erfolg praktiziert wird, ist der Handel mit Flächenzertifikaten. Dabei wird eine Obergrenze zu bebauender Fläche festgelegt und auf die Kommunen verteilt. Gemeinden, die mehr Baufläche ausweisen wollen, als sie Rechte haben, müssen diese Flächenzertifikate von anderen Kommunen kaufen. So wird sparsame Baulandausweisung belohnt, ohne in die Planungshoheit durch Verbote einzugreifen. Besonders der Nachhaltigkeitsrat in Baden-Württemberg plädiert dafür, diesen Flächenhandel einzuführen.

Neue Allianzen werden geschmiedet

Auf einer Tagung Ende Januar, die vom Förderverein ökologische Steuerreform und dem Bundesamt für Naturschutz ausgerichtet wurde, haben erstmals Klimaschutzler, Ökosteuer-Protagonisten und Naturschützer die Möglichkeiten einer ÖSR für Naturschutz und Landwirtschaft erörtert. Die Umweltverbände drängten besonders auf eine Reform der Grundsteuer hin zur Flächennutzungssteuer. Die Experten waren sich einig, dass diese zudem deutlich erhöht werden müsste.

Angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung bietet sich hier ein Bündnis von Ökonomen, Naturschützern, Kommunen, Städteplanern, Einzelhandel und den Bewohnern der Innenstädte an. Indem „Zersiedelungsprämien“ abgebaut werden, könnten Investitionen ermöglicht werden, um die Lebensqualität in den Innenstädten zu steigern. Davon würden zugleich wichtige Impulse für Bauwirtschaft und Handwerk ausgehen.

Die Instrumente sind bereits erprobt

Für die Landwirtschaft könnten Impulse durch Abgaben auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel gesetzt werden. Deutschland wäre ähnlich wie bei der „klassischen Ökosteuer“ auch hier nicht einmal Vorreiter: In Schweden, Dänemark, Norwegen oder den Niederlanden etwa werden seit langem unterschiedliche Steuern auf Pestizide- und Düngemittel erhoben. Die Einnahmen fließen zumeist aufkommensneutral in die Landwirtschaft zurück und erhöhen die Effizienz der Maßnahmen. In Norwegen und Schweden ist bereits erkennbar, dass die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Produkte bedeutend gesteigert und zugleich der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln gesenkt wurde.

Würde die ÖSR auf den Bereich Naturschutz und Landwirtschaft ausgeweitet, könnten also neben dem doppelten Gewinn für Beschäftigung und Umweltschutz auch soziale und städtebauliche Ziele erreicht werden. Die Tagungsteilnehmer sahen es als wichtige Aufgabe an, eine Gesamtstrategie der Instrumente in zeitlicher Abfolge zu entwickeln, um auch beim Naturschutz mit ökonomischen Instrumenten „Boden gut zu machen“. Hohe Erwartungen richten sich dabei an das Bundesumweltministerium.

Christian Meyer
ist seit 2004 Geschäftsführer des
Fördervereins Ökologische
Steuerreform e.V.
Kontakt: Förderverein ökologische
Steuerreform (FÖS)
Fon +49/89/52 01 13-13, Fax -14,
E-Mail foes@foes.de
www.foes.de

